

Peru: Militarisierung und Tote rund um Xstrata-Mine

Am 21. Mai rief die peruanische Regierung in der Andenprovinz Espinar den Ausnahmezustand aus und setzte die Grundrechte für 30 Tage ausser Kraft. Bereits zuvor waren 1'500 Polizisten aufgeboten worden, um die Tagebau-Kupfermine des Schweizer Bergbaumultis Xstrata vor den Protesten der Bevölkerung abzuschirmen. Die Polizei schoss auf die Demonstrierenden und tötete mindestens zwei Menschen. Zahlreiche Protestierende wurden verhaftet, misshandelt und viele weitere verletzt. Der Bürgermeister wurde für vorläufig fünf Monate in Präventivhaft genommen. Nachdem die Polizei Vertreter der Basisorganisation FUDIE verhaftet, geschlagen und sie zur Aushändigung ihres Fahrzeugschlüssels gezwungen hatte, wollte sie im Fahrzeug Waffen gefunden haben.

Hintergrund dieser Konfrontation ist die Verschmutzung der Umwelt und die dadurch verursachte Gefährdung der Gesundheit der AnwohnerInnen. Studien haben Schwermetallbelastungen von Blei und Quecksilber in Böden, in Gewässern sowie im Blut und im Urin der AnwohnerInnen nachgewiesen. Ebenfalls hat die Bevölkerung eine sich häufende Zahl von Missbildungen und Aborten bei ihren Tieren festgestellt. Im November 2011 reichte deshalb der Bürgermeister von Espinar Strafanzeige gegen Xstrata Tintaya ein.

Der Bergbaugigant Xstrata hat seinen Hauptsitz in Zug. Drei Nationalräte wollten nun vom Bundesrat wissen, wie es um die Mitverantwortung der Schweiz steht. Dazu sagte Bundesrat Schneider-Ammann: «Es wäre für die Schweizer Regierung delikat, sich in eine Situation einzumischen, in der sich eine Privatfirma, ein Drittstaat und die lokale Bevölkerung gegenüberstehen.»

SOLIFONDS
Quellenstrasse 25
Postfach
CH-8031 Zürich
Tel. 044 272 60 37
Fax 044 272 11 18
mail@solifonds.ch
www.solifonds.ch
PC 80-7761-7

Unterstützungsaktion

«Wir alle sind Barillas» – Solidarität mit den Q'anjob'al in Guatemala



In 27 von 31 Gemeinden in Huehuetenango hat sich die Bevölkerung in Volksabstimmungen mit überwältigender Mehrheit gegen Megaprojekte ausgesprochen.
Foto: ADH

Es geschah zur Mittagszeit am vergangenen 1. Mai in der guatemaltekischen Gemeinde Santa Cruz Barillas, einer Gegend im Departement Huehuetenango, in der mehrheitlich Indigene der Gemeinschaft der Q'anjob'al leben. Andrés F. Miguel, Pablo A. Pablo und Esteban Bernabé, drei Vorsteher der Gemeinschaft, befanden sich auf dem Heimweg von Barillas in ihren Weiler Posa Verde, als sie von Unbekannten angegriffen wurden. Andrés Miguel starb am Ort des Attentats an den erlittenen Schussverletzungen, die beiden anderen wurden schwer verletzt. Sie sagten nach ihrer Rettung aus, dass die Angreifer ein Fahrzeug benutzt hätten, wie sie auch das Unternehmen «Hidro Santa Cruz» besitze. Pablo A. Pablo hatte sich bisher standhaft geweigert, sein Land dem Unternehmen zu verkaufen, das ein Kraftwerk an einem für die Q'anjob'al lebenswichtigen und heiligen Fluss bauen will. Das Attentat stand für die Menschen in Barillas eindeutig in diesem Kontext.

In Barillas war das Fest des Dorfheiligen in Gang, als die Anwesenden vom Attentat erfuhren. Unmittelbar verwandelte sich das Fest in eine wütende Kundgebung gegen «Hidro Santa Cruz» und die Regierung, der ausländische Unternehmen wichtiger sind als die einheimische Bevölkerung. In der Folge überrannten 500 Demonstrierende einen Militärposten, weil angeblich die Attentäter dorthin geflüchtet waren.

Hierauf verhängte die nationale Regierung den Ausnahmezustand und beorderte massive Militär- und Polizeieinheiten ins Gebiet. Die Q'anjob'al sahen sich in die Zeit der Militärdiktatur zurückversetzt. Viele flüchteten aus Angst in die Berge oder das nahe Mexiko. Mit Recht, denn die Sicherheitskräfte drangen gewaltsam in Häuser ein und verhafteten siebzehn Personen, angeblich Drogenhändler, wie Staatspräsident Otto Pérez Molina drei Tage später ausführte – ohne Beweise. Am 27. Mai wurden die beiden mutmasslichen Angreifer verhaftet – Angestellte von «Hidro Santa Cruz».

Unter dem Motto «Wir alle sind Barillas» riefen die betroffene Gemeinde und ihre Organisationen eine Kampagne zur Verteidigung ihrer Rechte ins Leben – sie brauchen unsere Solidarität.

Rohstoffausbeutung gegen Volkswillen

Das Departement Huehuetenango umfasst rund 7'400 Quadratkilometer. Das entspricht etwa dem Kanton Graubünden. Mit einer Million Menschen ist Huehues Bevölkerung aber fünf Mal grösser. Sie sieht sich zunehmend mit den zerstörerischen Folgen der globalen Nachfrage nach Rohstoffen und Energie konfrontiert.



Mit militärischer Gewalt soll Widerstand gebrochen werden. Foto: ADH

2'000 Quadratkilometer – knapp ein Drittel des Departements – sind von Bergbauprojekten betroffen. An der nördlichen Grenze zu Mexiko werden Erdölvorkommen erkundet, zudem sind grosse Gebiete der Landwirtschaftsfläche zur Produktion von Agrotreibstoff vorgesehen.

Das alles benötigt viel Energie: Sechs grosse Wasserkraftwerke mit einer Leistung von 752 MW sind in Betrieb oder zur Ausführung bereit. 15 Wasserkraftwerke mit 827 MW befinden sich in der Abklärungs- bzw. Bewilligungsphase.

Zwischen 2006 und 2010 wurden in 27 von 31 Gemeinden Huehuetenangos Volksbefragungen zu den Megaprojekten durchgeführt. In diesen Abstimmungen haben sich 87 Prozent der erwachsenen Bevölkerung des Departements oder 374'151 Stimmende gegen die Megaprojekte ausgesprochen, nur 109 Personen waren dafür und 62 enthielten sich der Stimme.

ADH – die «Vereinigung zum Schutz der natürlichen Ressourcen in Huehuetenango»

ADH entstand 2006 als Zusammenschluss der neun indigenen Völker Huehuetenangos, die in ihren Gemeinden aus Anlass von geplanten Megaprojekten Volksbefragungen durchgeführt hatten. Die Organisation wird von gewählten VertreterInnen der Gemeinden geführt. Ziel ist es, die zerstörerischen Minen- und Wasserprojekte zu verhindern und demgegenüber die Volksrechte, soziale Gerechtigkeit und eine an den Grundwerten der Maya-Kultur orientierte Entwicklung durchzusetzen.

2009 trug ADH die Gründung des Rates der Völker des Ostens Guatemalas mit, in dem sich die indigenen Völker aus sechs Departementen zur Verteidigung ihrer kollektiven Rechte zusammengeschlossen haben.

Kampagne für Selbstbestimmung und zum Schutz des Wassers

Unmittelbar nach den Ereignissen vom 1. Mai hat die Gemeinde von Barillas zusammen mit der «Vereinigung zum Schutz der natürlichen Ressourcen in Huehuetenango – ADH» zur breiten Solidaritätskampagne «Wir alle sind Barillas» aufgerufen. Den Familien des Ermordeten und der beiden Verletzten muss dringend geholfen werden, allein die Spalkosten belaufen sich auf mehrere Tausend Dollar. Die Verhafteten brauchen Rechtshilfe. Die Betroffenen müssen die Möglichkeit erhalten, der einseitigen, diffamatorischen Berichterstattung in den Medien zu widersprechen. Der SOLIFONDS hat entschieden, einen Beitrag an diese für die Betroffenen hohen Kosten zu leisten. Einen ersten Erfolg konnte die Kampagne bereits verbuchen: Eine breit abgestützte Demonstration zwang den Präsidenten, den Ausnahmezustand per 18. Mai wieder aufzuheben.

Missachtung des Rechts auf Selbstbestimmung

2007 führte die indigene Gemeinde von Santa Cruz Barillas eine Volksbefragung zum geplanten Bau eines Wasserkraftwerks durch, wie sie in ihrem Gewohnheitsrecht, im guatemaltekischen Recht, aber auch in der Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation ILO oder der UNO-Erklärung zu den Rechten der indigenen Völker vorgesehen ist. Dabei sprach sie sich mit 46'472 zu 9 Stimmen gegen das Projekt aus. Kleinbauernfamilien sahen sich in ihrer Existenz bedroht, wenn ihr Land überflutet würde. Für andere würde der Weg auf ihre Felder unzumutbar lang. Auch waren heilige Orte der Q'anjob'al bedroht. Letztlich würde der Gemeinde eine Entwicklung aufgezwungen, welche einigen Wenigen Reichtum bringen, die grosse Mehrheit aber in Armut gefangen halten und zudem die Umwelt nachhaltig zerstören würde.

Trotz dieser eindeutigen Willensäusserung der Bevölkerung fuhr das Unternehmen «Hidro Santa Cruz» mit den Vorbereitungsarbeiten fort. Im Februar 2009 drohte eine Auseinandersetzung zwischen Gemeindegliedern und Angestellten des Unternehmens, gewalttätig zu werden. Einer indigenen Delegation aus dem Departement gelang es, den Streit zu schlichten. Gleichwohl reichte das Unternehmen Klage gegen sieben Gemeindevorsteher ein.

2010 spitzte sich die Situation zu. Zusammen mit indigenen Organisationen reichten Gemeindeglieder von Barillas, darunter Pablo A. Pablo, der später beim Angriff vom 1. Mai 2012 schwer verletzt werden sollte, Klage bei der guatemaltekischen Ombudsstelle für Menschenrechte ein. Hidro Santa Cruz sei auf ihre Ländereien vorgegriffen oder habe diese über einen Strohmann illegal erworben. Die Ombudsstelle schweigt bis heute. Dafür erhielten die Gemeinden vom Elektrizitätsunternehmen ein Angebot. Jede Gemeinde sollte jährlich rund 4'000 Franken erhalten und mit Strom versorgt werden. Ausserdem würde das Unternehmen die Klagen von 2009 zurückziehen. Die Gemeinden wiesen den Vorschlag zurück. Ende Jahr reichte Hidro Santa Cruz gegen weitere sechs Personen Klage ein.

Zaun und Minen gegen die Bevölkerung

Im Mai 2011 erteilte der Minister für Energie und Bergbau dem Unternehmen Hidro Santa Cruz die Konzession für das Kraftwerk. Sofort zäunte dieses das beanspruchte Land ein und stellte bewaffnete Wachen auf. Der Bevölkerung wurden dadurch alte Wegrechte weggenommen und der Zugang zu einem ihnen heiligen Ort verwehrt.

Im November protestierte die Bevölkerung von Barillas gegen den Zaun und gegen die Einschüchterung durch bewaffnete Wachen. Als das Militär die friedliche Demonstration gewaltlos auflöste, eskalierte die Situation und die Demonstrierenden rissen Teile des Zauns nieder und zerstörten einen Wachposten. Zunehmend zielte das Unternehmen darauf ab, die Bevölkerung zu spalten und Händler, Arbeiter oder Dienstleister, die vom Unternehmen profitierten, gegen die sich wehrenden Kleinbauernfamilien auszuspielen.



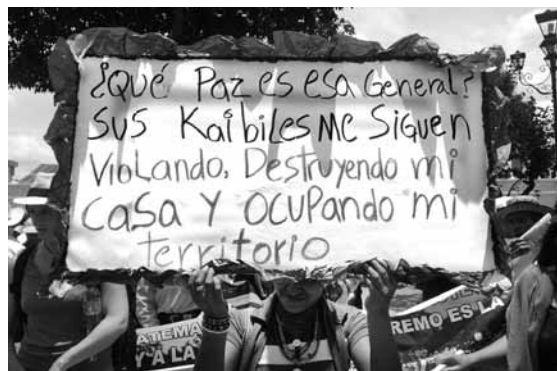
«Unsere Kämpfe sind friedlich, die Volksabstimmungen demokratisch. Herr Präsident: Wir sind weder Verbrecher noch Terroristen!» Demonstration gegen die Verhängung des Ausnahmezustands in Huehuetenango. Foto: ADH

Als Zeichen des guten Willens übergaben im Januar 2012 die indigenen Gemeinden der Sicherheitsfirma jene Waffen, die sie zuvor den Sicherheitsleuten abgenommen hatten. Hidro Santa Cruz antwortete mit schweren Baumaschinen, die an ihren künftigen Einsatzort verschoben wurden. Am 13. April erschütterte eine Detonation die Baugegend. Es stellte sich heraus, dass ein Hund eine Personenmine zur Explosion gebracht hatte, die vom Unternehmen ausgelegt worden war, um unerwünschten Personen den Zutritt zum Gelände zu verwehren. Dies führte am 16. April zu einer Demonstration von 4000 Menschen, mit welcher sie erneut die Einstellung des Projekts forderten. Und dann kam der 1. Mai.

Ein abgekartetes Spiel

Die Ereignisse am und nach dem 1. Mai sind in den Augen der ADH das vorläufig letzte Glied in einer Kette von Provokationen und Übergriffen, die 2007 mit der Ankunft der spanischen Hidro Santa Cruz ihren Anfang nahmen. Auch wenn die mutmasslichen Mörder gefasst sind, ist ADH überzeugt, dass es sich bei den Ereignissen um ein vom Unternehmen, den Militärs und den Medien geplantes Vorgehen handelt. Damit soll der Widerstand der indigenen Bevölkerung gegen das Wasserkraftprojekt militärisch unterdrückt und dieses gegen den eindeutigen Willen der Bevölkerung realisiert werden.

Dabei geht es nicht nur um Barillas. An vielen andern Orten werden die Gemeinden in ähnlicher Weise provoziert und angegriffen. Ihr gewaltfreier Protest wird kriminalisiert und die Volksbefragungen, in denen sich die Gemeinden gegen Bergbau- oder Wasserkraftprojekte ausgesprochen haben, diskreditiert. Der Kampagne «Wir alle sind Barillas» kommt deshalb eine grosse politische Bedeutung zu: Der Widerstand gegen die Arroganz der Mächtigen soll Selbstbestimmung und ein gutes Leben ermöglichen. «Die indigenen Gemeinschaften und sozialen Bewegungen setzen sich für ein alternatives Wirtschaftsmodell ein, welches auf der angemessenen, gerechten und verantwortungsvollen Nutzung der natürlichen Ressourcen basiert», so ADH.



Frieden? «Elitesoldaten vergewaltigen, zerstören unsere Häuser, besetzen unser Land.» Foto: ADH

Bischof stellt sich hinter die Bevölkerung

Am 11. Mai hat Bischof Bobadilla von der Diözese Huehuetenango in einem Hirtenbrief Stellung bezogen. Er kritisiert das überhebliche Verhalten von Hidro Santa Cruz. Nie sei das Unternehmen auf einen Dialog mit den betroffenen Gemeinden eingetreten. Die Militärintervention vom 1. Mai und die Verhängung des Ausnahmezustands weist er als «beispielloses und unverhältnismässiges Vorgehen» von Seiten der Regierung zurück, das in der Bevölkerung Angst und Schrecken verbreitet habe. «Die Zentralregierung und der Rest des Landes kennen die reale Situation in Santa Cruz Barillas überhaupt nicht. ... Diese Unkenntnis wird durch die manipulierten und falschen Informationen der Medien noch weiter verschärft. ... Mit Bestürzung nehmen wir zur Kenntnis, dass in diesem Falle die Regierung vor allem im Sicherheitsinteresse einer privaten ausländischen Firma und einiger weniger Einwohner von Santa Cruz gehandelt hat.»

Seine Solidarität gelte der Gemeinde von Barillas in einer der ärmsten Regionen des Landes. Wegen seiner natürlichen Reichtümer gerate das Gebiet jetzt ins Visier mächtiger transnationaler Unternehmen. Grosse Infrastrukturvorhaben würden realisiert, mit dem einzigen Ziel, diese Reichtümer auszubeuten. An der extremen Armutssituation, in der ein Grossteil der Bevölkerung lebe, ändere sich dadurch nichts. «Wir erleben eine nationale Krise, weil private Projekte gefördert und umgesetzt werden, ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl.»

Demgegenüber fordert Bischof Bobadilla die Regierung auf, «die Gemeinden zu Projekten zu konsultieren und den von ihnen ausgedrückten Willen zu respektieren». Guatemala habe alle wichtigen internationalen Konventionen zu Menschenrechten ratifiziert, so auch die ILO-Konvention 169 zu den Rechten von eingeborenen und in Stämmen lebenden Völkern. Die Menschenrechte durchzusetzen, sei erste Aufgabe der Regierung.

Im Namen der Gemeinde von Santa Cruz Barillas danken wir Ihnen für Ihre Unterstützung!

Politische Gewalt in Honduras: Volksbewegungen suchen Unterstützung



Bäuerinnen fordern ein Ende der Gewalt und der Vertreibungen in der Region Bajo Aguán. Foto: zvg



Carlos H. Reyes, Gewerkschafter und Vertreter der FNRP: Die Menschenrechtslage in Honduras ist alarmierend. Foto: SF

verschärft, die Arbeitsbedingungen sind weiter flexibilisiert worden, und die ohnehin schon prekäre soziale Situation in Honduras spitzt sich ständig weiter zu.

Seit Honduras im August 2011 nach zweijährigem Ausschluss wieder in die Organisation der Amerikanischen Staaten aufgenommen worden ist, sind der Putsch, die aus illegitimen Wahlen hervorgegangene Regierung und die andauernden Menschenrechtsverletzungen kein Thema mehr. Dem Regime ist es gelungen, sich international Anerkennung zu verschaffen und Normalisierung vorzutäuschen. Dass die Realität in krassm Gegensatz dazu steht, findet kaum je Eingang in die internationalen Medien. Mehr noch: Honduras gilt als akzeptabler Verhandlungspartner. So verhandelt etwa die Schweiz über ein Freihandelsabkommen mit dem zentralamerikanischen Land.

Im Mai berichtete Carlos H. Reyes, der auf Einladung des SOLIFONDS in der Schweiz weilte, an diversen Treffen über die alarmierende Situation in Honduras. In einer Zusammenkunft mit VertreterInnen des Eidgenössischen Departaments des Äusseren forderte er diplomatische Interventionen zugunsten der Menschenrechte in Honduras und gegen die Straflosigkeit. «Die Menschenrechtssituation in Honduras verschlimmert sich permanent. Die honduranische Bevölkerung ist dringend auf Unterstützung von Staaten angewiesen, die die Menschenrechte und die Demokratie hochhalten.» Dass dies von zentraler Bedeutung ist, liegt auf der Hand: Seit die Volkswiderstandsfront entschieden hat, an den nächsten Präsidentschaftswahlen im November 2013 teilzunehmen und dafür die Partei LIBRE ins Leben gerufen hat, wurden mehrere ihrer Exponentinnen und Exponenten eingeschüchtert und bedroht, zwei Kandidaten sind ermordet worden.

Ebenfalls forderte der Gewerkschafter Carlos H. Reyes im Namen der honduranischen Volkswiderstandsfront FNRP die Schweiz auf, mit der Entwicklungszusammenarbeit lediglich solche Projekte zu unterstützen, die der Bevölkerung zu Gute kommen, ihre Rechte und die Demokratie stärken.

Seit dem Putsch gegen den gewählten Präsidenten Manuel Zelaya im Juni 2009 sind politische Gewalt, Attentate und Drohungen gegen VertreterInnen von sozialen Bewegungen und Menschenrechtsorganisationen in Honduras an der Tagesordnung. «Am Morgen gehst du aus dem Haus, aber du weisst nicht, ob du abends wieder zurückkehrst», schilderte der honduranische Gewerkschafter und Vertreter der Volkswiderstandsfront (FNRP) Carlos H. Reyes anlässlich eines Besuchs in der Schweiz die Situation der AktivistInnen von sozialen Bewegungen. Honduras hat heute mit 86,5 Morden pro 100'000 EinwohnerInnen die höchste Gewalttate weltweit. Die staatlichen Sicherheitskräfte sind tief in die Morde und Übergriffe verstrickt – und profitieren von einer völligen Straflosigkeit. Derweil sind Reformen des Arbeits- oder des Landgesetzes, die Zelaya eingeleitet hatte, längst rückgängig gemacht worden. Landkämpfe haben sich

Kopfschmerzen bei Holcim

Rund um die 100. Aktionärsversammlung des Zementkonzerns Holcim hat der SOLIFONDS – zusammen mit der Unia, MultiWatch und den internationalen Gewerkschaftsverbänden ICEM und BWI – eine Delegation der indischen LeiharbeiterInnengewerkschaft PCSS eingeladen. Statt drei GewerkschafterInnen konnte jedoch nur eine einzige Vertreterin einreisen. Grund: Gegen die anderen beiden sind Klagen hängig, weil sie gegen Holcim protestiert haben. Wegen offenen Verfahren, die oft mit geringen Geldbussen enden, konnten sie nicht ausreisen. So war es eine einzige Vertreterin, Shalini Gera, die an öffentlichen Veranstaltungen und Treffen mit Medienschaffenden eindrücklich über die schwierigen Bedingungen der LeiharbeiterInnen in Holcims Betrieben berichtete.



Die Kampagne rund um den 100. Geburtstag des Zementriesen – dazu gehörten auch ein Manifest und das von MultiWatch veröffentlichte Buch «Zementierte Profite – verwässerte Nachhaltigkeit» – schien dem Holcim-Management Kopfschmerzen zu bereiten. An die 100. Erstunterzeichnenden des Manifests schrieben CEO Bernard Fontana und Verwaltungsratspräsident Rolf Soiron denn sogleich einen 15-seitigen Brief. Darin bezichtigten die beiden MultiWatch, mit dem Buch «Halbwahrheiten, Fehler und Verzerrungen» zu verbreiten – und gingen auf viele der Vorwürfe sowie auf die konkreten Forderungen des Manifests gar nicht ein.

Weiter schrieb die Holcim-Spitze, dass sie offen sei für Dialog. Erst zwei Wochen zuvor hatte die PCSS um ein Treffen mit Holcim in der Schweiz nachgesucht – ohne Erfolg.

Zur Unterzeichnung des Manifests:
www.multipwatch.ch

Impressum:

Herausgeberin: Stiftung «Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt»

Redaktion: Urs Sekinger, Yvonne Zimmermann
Druck: printoset, Zürich